

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtschlüssel: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: Sammelnummer 22244.
Kur für Nachgeschickte: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

Alleinstellend in Dresden und Vororten bei zweimaliger Auftragung sowie bei einmaliger Auftragung durch die Post (ohne Bestellgeld) 2,55 M., monatlich 2,95 M.
Die 1. Spalte 37 mm breite Seite 1,20 M., hierzu 10% Zuschlag. Auf Einzelgen unter 20 M. u. Wohnungsanzeigen 1 Spalte 10 M. u. Berühmte 25%. Vorgesagte laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 20 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Druck u. Verlag von Siegfried & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 10325 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Kunstaussstellung Emil Richter, Prager Str. 13.

Letzte Woche! Letzte Woche!
SONDER-AUSSTELLUNG
Emil Nolde Gemälde, Aquarelle
Zeichnungen.
Geöffnet wochentags von 9 bis 6 Uhr.

F. Hermann Beeg
Dresden-A., Falkenstraße 26
Fernsprecher 19351 und 20461
Feuerverzinkerei.

Residenz-Büfett
Konditorei - Kaffee
Konzert nachm. u. abends
7 Seestraße.

Kaffee Kasino
Stimmungs-Konzerte
im „FRANON“
VORTRAGS-KÜNSTLER
Seestraße 7.

Die Vorschläge der deutschen Valuta-Kommission.

Für eine internationale Regelung.

Berlin, 31. Jan. Die Sitzung der Ständigen Valuta-Kommission, die am 29. Januar unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Dr. Schröder im Reichsfinanzministerium stattfand, beschäftigte sich zunächst mit der von angesehenen Persönlichkeiten verschiedener Länder ihren Regierungen gegebenen Anregung, eine internationale Finanzkonferenz einzuberufen, deren Ziel die Festsetzung von Regeln für die durch den Krieg geschädigten Staaten sein würden. Die Valuta-Kommission gab ihrer Meinung über diese Anregung, sowie über die gegenwärtige schwierige Lage in folgender Weise Ausdruck:

„Die Ständige Valuta-Kommission teilt in einem Augenblick zusammen, in dem die deutsche Währung panisch zusammengebrochen ist. Die Reichsmark ist international nur noch einige Prozente ihrer Parität wert. Das Ausmaß dieses Zusammenbruchs würde nicht nur hoffnungslos wirtschaftliche und finanzielle Zerrüttung für Deutschland, sondern auch schwere Erschütterung für die gesamte europäische Welt bedeuten.“

Die Kommission begrüßt mit Genugtuung die Verhandlungen über das Finanzabkommen mit den Niederlanden, in dem sie einen verheißungsvollen Anfang erblickt. Sie hält eine sofortige Zusammenkunft von Vertretern der internationalen Finanzwelt für unerlässlich, um das Chaos auf dem Weltmarkt zu weichen und den Zusammenbruch von Deutschland — und damit den Zusammenbruch von Europa — abzuwenden. Das Beispiel von Holland und Österreich zeigt den Weg. Das Beispiel von Holland zeigt auch andere Länder nach sich ziehen muß, darüber kann kein Zweifel bestehen, wenn man sich, daß 100 Proz. bzw. weniger als 25 Schweizerische Franken wert sind statt 100, 100 französische Franken weniger als 22 statt 100, und das Finanzstärkung um 12 Schweizerische Franken hat 25.

Indessen: Fremde Finanzhilfe allein reicht nicht aus, das Inland muß helfen. Wir alle müssen einsehen, daß wir ohne regelmäßige, gewissenhafte und die letzte Leistung übersteigende Arbeit dem Zusammenbruch entgegengehen. Werden die inneren Voraussetzungen nicht geschaffen, so werden wir voraussichtlich Hilfe von außen nicht erhalten; sollte sie dennoch erhältlich sein, so würde sie nur unter schweren Bedingungen und Sicherstellungen zur Verfügung gestellt werden und uns daher nicht dauernd retten.

Nachdem das Inkrafttreten des Friedensvertrages die erhoffte Schließung der deutschen Grenzen gegen die ungesicherten Warenimporte nicht gebracht hat, richtet die Kommission an die Finanzbehörden aller Entente-Länder den dringenden Appell, bei ihrer Regierung die sofortige Schließung der deutschen Wirtschaft gegen die Inflation zu bewirken. Die deutsche Wirtschaftspolitik im besetzten Gebiet durchzuführen, und sie an der im Artikel 23 des Friedensvertrages vorgesehenen Hilfe für die Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen und Lebensmittel zu veranlassen. Diese Hilfe muß sofort kommen, sonst kommt sie zu spät.

Die Zeit für kleine Mittel ist vorbei. Es muß gelingen, die deutschen Grenzen zu schließen und eine Preispolitik einzuführen, die die Landwirtschaft zur äußersten Produktion anspornt. Die Arbeit muß in weit höherem Maße wieder einsehen. Eine schnelle internationale finanzielle Aktion muß erfolgen, um die Lage zu retten.

Die Valuta-Kommission erörterte sodann die Fragen, mit denen sie sich bereits in ihren letzten Sitzungen befaßt hatte. Es wurde über die Maßnahmen berichtet, die inzwischen mit Rücksicht auf die in der Sitzung vom 7. und 8. Januar gefasste Entschließung von den in Frage kommenden Regierungen getroffen worden sind. Dazu nahm die Kommission in folgender Weise Stellung:

Die Kommission hat unter anderem mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß beabsichtigt ist, die Preise für die hauptsächlich landwirtschaftlichen Erzeugnisse der nächsten Ernte wesentlich zu erhöhen, um die landwirtschaftliche Produktion anzuregen, und daß eine Preisbindung darüber in Kürze zu erwarten ist. Die Valuta-Kommission glaubt, aus dem ihr erhaltenen Bericht entnehmen zu können, daß diese Maßnahmen bei der letzten Tagung auf eine noch schärfere Beschränkung der Einfuhr hinzuwirken nicht einwirken konnten. Sie sieht unter dem Eindruck, daß an maßgebenden Stellen die Gefahr noch nicht voll gewürdigt ist, die unserer Volkswirtschaft in der jetzigen kritischen Lage daraus droht, daß immer noch erhebliche Mengen eingeführt werden, als mit der Ausfuhr bezahlt werden kann. Sie tritt daher erneut für eine noch schärfere Beschränkung der Einfuhr ein, wobei auch die Rohstoff-Einfuhr auf das Maß beschränkt werden muß, das der Verarbeitungsfähigkeit der Industrie entspricht. Dieses um so mehr, als die greifbarsten Weltvorräte vieler Waren in den Häfen und Lagerplätzen außerordentlich groß sind.

Die bereits bei der letzten Tagung von der Ständigen Valuta-Kommission geforderte Eröffnung der bei der Waren-anfuhr laufend ankommenden Devisen muß nunmehr sofort durchgeführt werden. Die Ständige Valuta-Kommission hält die Forderung, daß ein erheblicher Teil des Ausgans, der sich aus dem Verkauf von Waren nach dem Auslande für die Industrie und den Handel durch den schlechten Stand der deutschen Valuta ergibt, dem Reich zuzuführen, um die schon in der letzten Sitzung der Valuta-Kommission als durchgeführte Maßnahme angesehene Eingliederung der Inland- an die Auslandspreise auszubalancieren.

Die Valuta-Kommission ist sich darüber im Klaren, daß alle von ihr ausgesprochenen Vorschläge und Forderungen seine volle Wirkung entfalten können, wenn ihre Durchführung verankert ist. Die Kommissionsmitglieder legen daher den zuständigen Stellen dringend nahe, die Bestimmungen über die notwendigen Einfuhr- und Devisenmaßnahmen abzuändern und zur Durchführung der Maßnahmen zu beschreiten.

Die Erörterung einer Reihe weiterer wichtiger Einzelfragen wurde von der Kommission mit Rücksicht auf die

Nichtanwesenheit des Reichsministers der Finanzen vertagt. Die Kommission ließ dem Minister telegraphisch ihre Wünsche hinsichtlich baldiger Genehmigung zugehen. (W. T. B.)

England gegen eine internationale Finanz-Konferenz.

London, 31. Jan. Die Wäiter melden aus Newyork, daß der Schatzsekretär Glas der Handelskammer ein Schreiben überhandt hat, in dem er erklärt, das Schatzamt sei gegen den Plan einer internationalen Finanzkonferenz. Damit erklärt sich die vergebliche Hoffnung auf eine Aktion von Seiten der Vereinigten Staaten zur Finanzierung der Bedürfnisse Europas. Glas erklärte ausdrücklich, das wahre Mittel gegen den schlechten Stand des Weltmarktes sei die Aufhebung des Verbotes der Goldverschiffung.

Gesandter v. Rosenberg in Wien.

Wien, 31. Jan. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Der deutsche neuernannte Geschäftsträger v. Rosenberg ist in Wien eingetroffen und hat die Geschäfte übernommen. (W. T. B.)

Die Wichtigkeit des holländischen Abkommens.

Haag, 31. Jan. Das endgültige Zustandekommen des deutschen Kreditabkommens hat größte Bedeutung. Es kann nicht genug darauf hingewiesen werden, daß es bis jetzt die einzige praktische Maßnahme in der ganzen Welt ist, um der unglaublich fortschreitenden automatischen gegenständlichen Absorption der wichtigsten Wirtschaftskörper in Europa durch die Valutaverhältnisse entgegenzuwirken. Holland ist immer das Land weitestgehender politischer Denker der Kaufleute gewesen, und soviel Interesse Holland an dem Zustandekommen dieses neuartigen Kredits hat, ist es doch der gewöhnliche Teil. Was Deutschland angeht, so muß insbesondere auf die großen Aussichten hingewiesen werden, die sich mit der Errichtung der Treuhändergesellschaft und der Verwaltung der Rohstoffkredite, die es vollständig selbstständig zu geben haben wird, für die deutsche Wirtschaftswelt ergeben. Es war ein sehr richtiger Gedanke, in einer Zeit, wo Deutschland kaum imstande ist, materielle Werte als Bürgschaft zu geben, besonders nicht an Neutrale, den Personalkredit — man kann ebenso sagen, den moralischen Kredit, den sich Deutschland vor dem Kriege erworben hat — flüssig zu machen. In der Treuhändergesellschaft sollen Männer sitzen, die durch ihre Persönlichkeit und durch ihre Geschäftsführung eine Bürgschaft für die Werte schaffen und kaufmännische Ausnutzung der dauernd zur Verfügung stehenden 200 Millionen Gulden geben. Zwar wird der Kredit von Staat zu Staat erkaufte. Seine Verwertung wird aber in die Hände der gewichtigsten Geschäftsmänner, die Deutschland hat, gelegt werden können. Diese durch und durch unbureaucratische Vereinigung wird innerhalb kurzer Zeit die ganze Rohstoffversorgung Deutschlands in der Hand haben. Dadurch werden die deutschen Bankiers, Großkaufleute und Industriellen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik des Reiches ausüben können. Die vorgeschlagene Treuhänderorganisation ist eine dauernd umfassende Entwicklung, denn die dänischen und schwedischen Verhandlungen, die jetzt geführt werden, laufen in der gleichen Richtung, wie die mit Holland abgeschlossenen.

Admiral v. Reuter in Deutschland.

Wilhelmshaven, 31. Jan. Der Dampfer „Vidboa“ mit Admiral v. Reuter an Bord lief um 12 Uhr in die von Tausenden von Menschen umkante und reichgeschmückte dritte Hafeneinfahrt ein. Der Chef der Admiralität v. Trotha begrüßte die Heimkehrer und hielt eine Ansprache, in der er u. a. sagte: „Innerlich tief bewegt, kam ich hierher, um Sie alle aufs wärmste im Namen der deutschen Marine und unseres teuren Vaterlandes willkommen zu heißen. Sie stehen als die Rechten unserer einst so siegesgewohnten deutschen Hochseeflotte vor mir. Die Schiffe bringen Sie nicht heim. Das brandende ewige Meer ist Ihnen zur Dede geworden. Auf einjammem Poßen haben Sie, Herr Admiral, den Befehl zur Versenkung der Flotte gegeben, als Sie den Wiedereintritt des Krieges für Tolltätige hielten.“ Zum Salub forderte Admiral v. Trotha die Heimkehrer auf, mitzuarbeiten am Wiederaufbau des Vaterlandes. Admiral v. Reuter dankte in kurzen Worten und schloß mit einem Hurra auf die deutsche Marine. (W. T. B.)

Der Friedensvertrag mit der Türkei.

Paris, 31. Jan. Der „Matin“ glaubt zu wissen: Hinsichtlich der bevorstehenden Reise des Ministerpräsidenten Millerand nach London sei noch keine Entscheidung getroffen. Nach dem „Petit Parisien“ werde eine Zusammenkunft von Lloyd George, Millerand und Ricci stattfinden, um sich mit der Orientfrage zu beschäftigen. In London werde man versuchen, die Basis für eine Verhandlung zu finden. Der Friedensvertrag mit der Türkei aber werde in Paris unterzeichnet werden. (W. T. B.)

Gegen rechts und links.

Das innerpolitische Barometer hebt wieder einmal auf Sturm. An der preussischen Landesversammlung wurde am Donnerstag und Freitag eine Interpellation über den Belagerungszustand verhandelt. Das gab dem Mehrheitsfraktionellen Heine als preussischem Minister des Innern Gelegenheit, mit den Unabhängigen ein Häufchen zu stiften. Der Eisenbahnminister Dejer, der die Schließung der Eisenbahnwertstätten zu verteidigen hatte, hieß in dieser Rede. Die Rede der Radikalen zerbröckelte unteren Wirtschaftsorganismus, sie löst die öffentliche Ordnung und macht den Wiederaufbau unmöglich. Mit voller Absicht geschieht das. Heine hat Beweise dafür beigebracht, daß der Sturm auf den Reichstag gut organisiert gewesen ist. Am 13. Januar sollte die Arbeiterkassette, nach dem Willen der radikalen Drahtzieher, ihr Gewicht selber in die Waagschalen werfen. Es ist gut, daß das noch einmal mit allem Nachdruck festgeschrieben worden ist, und noch wichtiger ist es, daß endlich der Saieier von den merkwürdigen Geschäften, die die Mannen der Gohn und Henke im besetzten Gebiet mit dem Landesfeind gemacht haben, weggewaschen wurde. Gedauertlich bleibt dabei der Umstand, daß sich die Regierungsvertreter auch zu diesem Vorhof erst Rat machen mußten durch einen Angriff gegen rechts. Man könnte ihn schließlich auf sich beruhen lassen, wenn durch ihn nicht gewissermaßen eine Hebe legalisiert werden sollte, die von der Regierungspresse gerade in den letzten Tagen mit ungewöhnlicher Gemeinheit und Berlogenheit geführt worden ist. Es ist nicht verwunderlich, daß die Mehrheit, der ein Teil nach dem andern davon schwimmt, den Versuch macht, aus dem Aitentat auf Eraberger politisches Kapital zu schlagen, den hartbedrängten Eraberger zu retten und mit ihm die ganze Regierungspolitik. Die Reichsregierung hat aber selbst das Stichwort dazu ausgegeben, als sie von einer „verantwortungslosen Debe“ gegen Eraberger sprach und in der „Deutschen Illu. Ztg.“ eine Reihe von Pressestimmen zusammenstellte, die als Beweis für die Aufforderung zu dem Aitentat dienen sollten. Auf welcher Höhe diese Beweisführung steht, mag man daraus entnehmen, daß einem noch nicht einmal deutlichenationalen Blatte zum schweren Vorwurf gemacht wird, daß es davon gesprochen hat. Eraberger habe das Bedürfnis empfunden, „in Stuttgart fern vom Schuß sein Herz zu erleichtern.“ „Aera vom Schuß“ — das ist eine indirekte Aufforderung zum Schießen! Erinnert das nicht an den Witz, daß nach 1818 die Wagnerdie abgeschafft werden sollte, weil sie, wie alles Rote, aufreizend wirke? Als „Spiegel des Journalismus“ wird es bezeichnet, wenn ein Blatt der Rechten dem Wunsch Ausdruck verleiht, Eraberger's Verurteilung möge nur leicht sein, damit er in möglichst unangenehmer Artide bald wieder im Gerichtssaal erscheinen könne. Und so geht es weiter mit verbogenen und halben Zitaten, mit allen Mitteln unehrlicher Dialektik. Ein wahrer Berenshat. Dabei ist von keinem irgendwie ernst zu nehmenden Blatte die ebenso schändliche wie verbrecherische Tat auch nur so in der Rede entschuldigt oder erklärt worden, wie einst von der „Germania“ oder von Windthorst der Anschlag auf Mannans auf Bismard: eine solche Wahnstimmung sei auf die unglückliche Konstellation zurückzuführen, und diejenigen möchten sie sich ausbreiten, die diese Konstellation herbeigeführt hätten.

Alles das richtet sich aber für jeden vernünftigen Menschen von selber und führt letzten Endes nur dazu, die Sache der Mehrheitspartei noch mehr zu diskreditieren. Das hat sich offenbar der sonst so kluge Taktiker Heine nicht genkend überlegt, sonst hätte er wohl davon abgesehen, die ganz unverfänglichen Äußerungen einer Reihe von Berliner Blättern an einem Rettungsversuch für Eraberger zu benützen. Dieser Versuch wurde wirklich mit untauglichen Mitteln unternommen, und wenn Herr Heine sich an seine Deffauer Rede vom 9. November mit ihrer schneidenden Kritik an Eraberger's Finanzpolitik erinnert, dann wird er vielleicht auch finden, daß gerade er als die untauglichste Persönlichkeit für eine solche Rettungsaktion angesehen werden muß. Stande er seinen Vorhof gegen die Unabhängigen dadurch wirksamer zu gestalten, daß er über den Reichsfinanzminister, von dem man freilich weiß, daß er auf der äußersten Linken gewisse Sympathien genießt, seine Kritik breitere? Wir können das nicht annehmen, denn das Material, das er im Laufe der sturmbelegten Sitzung zutage förderte, ist so zerstückelt, daß man den Värm und die Unterbrechungen der Volksvertreter um Adolf Hoffmanns verstehen kann, daß es auch eines besonderen Anlaufes zu diesem Angriff über die Rechte nicht bedurft hätte. Die Blätter der Unabhängigen werden mit dem Geibe der Franzosen gegründet! Endlich ist es gelangt worden, endlich wurde der Stabe die Schelle umgehängt. Da ist die „Reichliche Republik“. Ein edles Blättchen. Sein Redakteur hat sich gegen einige Millionen der Regierung als Spieß ange-